

## LANDTAGSFRAKTION SCHLESWIG-HOLSTEIN

Pressesprecher Bernd Sanders

Landeshaus 24100 Kiel Telefon 0431-988-1440 Telefax 0431-988-1444 Internet: http://www.cdu.ltsh.de e-mail-info@cdu.ltsh.de

## **PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 303/02 vom 18. Juli 2002

Energiepolitik

## Kerssenbrock: Klimawandel verlangt Umkehr der rotgrünen Energiepolitik

"Die immer noch zunehmende Häufung von Stürmen, Unwettern und anderen extremen für unser Land untypischen Wetterlagen indiziert nicht nur einen Klimawandel. Seit Jahren sagen uns Naturwissenschaftler, dass die Erderwärmung aufgrund des Treibhauseffekts dramatisch voranschreitet. Aber eine wirksame Politik zu einer Reduzierung der klimaschädlichen Treibhausgase findet jedenfalls in Deutschland nicht statt – und auch nicht in Schleswig-Holstein. Notwendig ist eine wirkliche Abkehr von fossilen Energieträgern und eine Hinwendung zu einer Energiepolitik, die den Bedarf der Industriegesellschaft sichert und zugleich klimafreundlich ist."

Dies erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Dr. Trutz Graf Kerssenbrock, MdL, in einer heute in Kiel verbreiteten Presseerklärung. "Die rotgrünen Regierungen in Kiel und Berlin betrügen sich und die Bürger selbst, wenn sie ihre Energiepolitik als "klimafreundlich" ausgeben", fuhr der CDU-Politiker fort. Denn wenn sie einerseits den Ausstieg aus der eindeutig klimaunschädlichen Kernenergieforcierten, müssten sie andererseits für die dadurch ausfallenden Energiemengen auf fossile, klimaschädliche Energieträger zurückgreifen, weil andere grundlastfähige regenerative Energieträger auch auf absehbare Zukunft nicht zur Verfügung stünden. Dies gelte auch für die Windenergie. Das bedeute 150.000 bis zu 170.000 Tonnen zusätzliche CO<sub>2</sub>-Fracht allein für Deutschland.

"Es kommt der Tag des energiepolitischen Offenbarungseides für Rot-Grün", sagte Kerssenbrock. Statt Ideologie bedürfe es in der Energiepolitik eines vernünftigen Energieträgermixes, der die Klimaverträglichkeit, die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft bzw. ihre Belastungsfähigkeit im Auge behalte. Alles dies finde bei Rot-Grün zur Zeit nicht statt, obwohl man die Notwendigkeit nunmehr auch an den extremen Wetterlagen ablesen könne.